

Meinungen und Profile

Strahm

Das grosse Schweigen zu Europa

«Sprechen wir endlich über Europa», forderte kürzlich Fabian Renz, der Leiter der Bundeshausredaktion, in dieser Zeitung. Bedauernd stellte er fest, dass auch in der Hauptphase des Wahlkampfs «niemand über Lösungen für das drängendste Problem im Land spricht». Aus staatspolitischer Sicht hat Renz Recht. Aber jede Partei meidet im Wahlkampf jene Themen, die die eigene Wählerschaft oder die Kandidaten spalten.

Themenvermeidung gehört gewissermassen zur klugen Wahlkampfstrategie. Dieses Schweigen ist Indiz dafür, dass beim institutionellen Rahmenabkommen mit Ausnahme der SVP alle grossen Parteien und deren Basis gespalten sind. Nur die ewig gleichen EU-Troubadours in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats fordern noch eine rasche Ratifikation.

Auch in Brüssel herrscht derzeit Windstille. Denn die EU-Kommission wird Ende Oktober abgelöst. Die Jakobiner und Strippenzieher räumen bereits ihre Büros. Martin Selmayr ist schon daran, sein Büro nach Wien zu verlegen. Es war wohl ein kluger Entscheid des Bundesrats, vor dem Ratifikationsverfahren eine Vernehmlassung durchzuführen. Aber bald muss er nun Farbe bekennen.

Bislang überliess er den Schweizer Chefunterhändlern freie Hand. In sieben Jahren Verhandlungen hat die Schweiz vier Chefunterhändler in Brüssel ausgewechselt. Und jeder hat das bundesrätliche Führungsvakuum selbst und eigenwillig ausgefüllt.

Staatssekretär Yves Rossier schlug 2013 vor, den Europäischen Gerichtshof EuGH als Schiedsinstanz einzusetzen. Die EU hatte zuvor auch den EFTA-Gerichtshof als Variante ins Spiel gebracht. Doch Rossiers versteckte Agenda war auf den EU-Beitritt fixiert. Während der heissen Phase wurde auch nie über Kreuzkonzessionen – also über Gegenforderungen der Schweiz – verhandelt. Kurz, die Führungspassivität der Regierung hat uns dieses Verhandlungsdesaster beschert.

Was sind jetzt die Handlungsmöglichkeiten des Bundesrats? Er will erneut abwarten, bis die Sozialpartner eigene Vorschläge zum Lohnschutz präsentieren. Die vier Verbände Gewerkschaftsbund, Travailsuisse, Gewerbeverband und Arbeitgeberverband verhandeln derzeit hinter verschlossenen Türen. Drei der vier Verbände lehnen die Ratifikation des heutigen Abkommenstexts strikte ab. Das wird sich auch nach den Wahlen nicht ändern. Der Bundesrat hat zur Ge-

sichtswahrung von Brüssel «Klärungen» und «Präzisierungen» zum Abkommen verlangt. Vor Ende Oktober will er der alten EU-Kommission keine neuen Vorschläge mehr unterbreiten, was durchaus verständlich ist. Doch danach muss er der EU endlich ausformulierte Textänderungen im Abkommen beantragen.

Der Bundesrat glaubt, er könne das Dossier Rahmenabkommen bis nach der Volksabstimmung über die SVP-Kündigungsinitiative im Mai 2020 in der Schublade behalten. Spätestens im November drängt sich aber ein ehrlicher Diskurs auf.

Es braucht jetzt Führungsentscheide und Klartext. Man muss der EU-Kommission endlich klaren Wein einschenken: Dieses Abkommen wird ohne materielle Textänderungen beim Volk scheitern und kann so nicht paraphiert werden. Dies und nur dies ist die ehrliche und realistische Forderung aus der Vernehmlassung und dem Kleingedruckten.

Technisch ausgedrückt, wird die einseitige Dominanz der EU im Abkommensentwurf sogar dreifach kumuliert: nämlich erstens mit der Pflicht zur dynamischen Übernahme des EU-Rechts (was allein betrachtet

akzeptabel wäre), plus zweitens die zwingende Unterstellung unter die materielle Auslegung durch den EuGH als Parteigericht, plus drittens eine erweiterte Guillotine-Klausel als Sanktionsinstrument.

Diese toxische Dominanz des EU-Rechts würde faktisch die Delegation der schweizerischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik an die EU bedeuten, vor allem im Gefolge des bereits versprochenen Totalsatzes des alten Freihandelsabkommens von 1972. Viele Partei- und Verbandsstrategen und Medienleute haben diese Zwangsläufigkeit noch nicht verstanden.

Es ist meine feste Überzeugung, dass die Schweiz angesichts der geostrategischen Konstellation langfristig ein wirtschaftspolitisches Arrangement mit der EU benötigt. Eine Kündigung und Rückgängigmachung gemäss SVP-Initiative ist ein No-go. Aber der Bundesrat müsste auch andere Varianten als Plan B ernsthaft prüfen: Zum Beispiel ein Andocken an den EFTA-Gerichtshof als Schiedsinstanz (wie 2013 von der EU vorgeschlagen); oder zum Beispiel das CETA-Abkommen mit Kanada, das ohne Rechtsprechung des EuGH auskommt.

Ein Hauptentscheid, den der Bundesrat bald zu fällen hat, betrifft das Personelle. Wer soll in Zukunft die Verhandlungen in Brüssel führen? Alle Insider mit diplomatischer Erfahrung, mit denen ich gesprochen habe – es sind nicht wenige –, sagen klar: Der Chefunterhändler Roberto Balzaretto ist «verbrannt», das Vertrauen ist dahin. Er hatte im letzten November eigenwillig de facto eine Parafierung des Abkommenstexts in Aussicht gestellt. Noch vor der Stellungnahme der Landesregierung hat er das Resultat – zum Ärger der Bundesräte – öffentlich als vorteilhaft und unabänderlich propagiert.

Es sind nun klare Entscheide und ehrliche Antworten der Landesregierung nötig. Das rhetorische Spiel mit «Klärungen» und Beschwichtigungen an die Adresse Brüssels muss ein Ende haben. Klare Entscheide schaffen auch Vertrauen in der Bevölkerung. Dies wird dem Bundesrat nächstes Jahr den Kampf gegen die brisante SVP-Kündigungsinitiative erleichtern.



Rudolf Strahm
ehemaliger Nationalrat
und Preisüberwacher

La Leopardessa

Von der Hunderternote und dem angeknabberten Pfänderli

Sie wurde enthüllt. Das Geheimnis wurde gelüftet. Zu haben ist die Schönheit aber erst ab Donnerstag. Die Rede ist von der neuen Hunderternote. Ich fange an zu überlegen, was man mit hundert Franken alles anstellen kann. Nach Statistik übrigens die meistgebrauchte Note. Einmal essen gehen zu zweit in Basel ohne Firlefanz natürlich. In Zürich reicht es grad mal für eine Person – aber das nur, wenn grad Aktion ist.

Ich muss zugeben, ich habe so aktuelle Preise nicht wirklich im Bewusstsein. Ich weiss eigentlich gar nicht so genau, was ein Liter Milch, 1 Kilo Brot, 1 Kilo Waschmittel oder 500 Gramm Hörnli im Durchschnitt kosten. Steht Aktion drauf, glaub ich das auch unhinterfragt.

Laut Umfrage geht es vielen Menschen wie mir: Brot wird im Allgemeinen teurer geschätzt, hingegen Waschmittel weit günstiger. Was ich aber bemerke, ist die Grösse der Papiertasche und deren Füllmenge, je nachdem, in welchem Laden ich meinen Einkauf tätige – bei gleichen Ausgaben.

Die Generation meiner Mutter jedoch wusste und weiss es noch immer ganz genau. Was staune ich, wenn sie mir wieder vorbetet, da und da sind die gleichen Trockenbohnen oder Zwetschgen 12 Rappen teurer und von gleicher Herkunft. Da nicke ich jeweils stumm am Telefon, als ob sie das sehen könnte, und denke, ich weiss mal wieder gar nichts. Ich werde ewig im Dunkeln wandeln müssen.

Da erinnere ich mich daran, wie sie mich mit Rappen ausgerüstet in die Bäckerei schickte, um ein Pfänderli zu kaufen. Ich liebte die Bäckerei! Der Duft dort hüllte mich ein wie ein warmes Zuhause. Die Bäckerfrau persönlich wickelte mein Brot mit einem herzlichen Lächeln in Papier,

nachdem ich ihr die 50 Rappen überreicht hatte. Und auf dem Heimweg duftete das Brot so unverschämt provokativ, dass ich die Beherrschung verlieren musste. Ich schaute es mir von allen Seiten an, um die Stelle zu eruieren, wo mein Anknabbern nicht auffallen würde. Da war der Ansatz, wie ein weisser Po, und genau da stahl ich vom Weichen nur ein Fitzelchen. Und noch eines, weil es sich – Ehrenwort – von allein löste, sodass ich es wegessen musste. Sonst würde ja mein Diebstahl auffliegen. Aber ich wusste eigentlich, dass ich mir da was vormachte, denn was mich eigentlich lockte, war die Kruste.

Kurz vor der Übergabe zu Hause wickelte ich den inzwischen grossen Krater und das verkürzte Hinterteil in Papier. Kaum war das Massaker verhüllt, glaubte ich sogar selber an meine Unschuld. Und dieses Spiel machten wir täglich, und täglich meinte

Der Giacometti begleitet mich jetzt nicht mehr durch die Einkaufswelt, jetzt ist es die von Manuela Pfrunder gestaltete blaue Note.

meine Mutter, das Loch im Brot betrachtend: «Hmmm... da müssen Mäuse dahinter gewesen sein!»

Sie war mir nie böse, und ich konnte mich weiter in Unschuld wiegen und das frische Brot geniessen. Ich sehe heute noch die paar Rappeli in meiner Hand, mit denen ich ein ganzes Brot kaufen konnte. Stellt euch vor, wie gross die Tasche sein musste, und die Menge bei einem Einkauf mit hundert Franken. Der Keller aller Nachbarn wäre voll gewesen mit 200 Pfänderli. Oder Kartoffeln. Oder Milch.

Heute ist die Ausbeute hingegen je nach Laden bescheiden. Rekord hält der Einkauf in einem Schweizer Bioladen: drei Stück Käse, irgend so ein speziell gedrehtes Joghurt, noch was Körniges und ein geflochtenes Brot, das nicht mal roch. Weg war der Giacometti. Ich schaute ihm nach, wie er in der Kasse verschwand, seufzte wehmütig und dachte: «Na, der hatte es ja auch nicht einfach mit seiner strengen Mutter.»

Der Giacometti begleitet mich jetzt nicht mehr durch die Einkaufswelt, jetzt ist es die von Grafikerin Manuela Pfrunder gestaltete blaue Papiernote. Sie hat die humanitäre Seite der Schweiz zum Thema und Wasser als Element mit den schöpfenden Händen und der Walliser Wasserleitung. Auch wenn die Kaufkraft des Franks deutlich nachgelassen hat, hoffe ich, dass die Symbolik an Bedeutung gewinnt. Jedes Mal beim Ausgeben der Hunderternote werden wir daran erinnert, dass wir Gutes tun und an andere denken sollen.



Rosetta Lopardo
Kabarettistin und Sängerin
www.rosetalopardo.ch
www.anima-beratung.ch

Agenda

Markt und Ethik

Das neue Format meiner Kolumne möchte ich mit Gedanken zum politischen Spannungsfeld zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit einleiten. Etwa drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus diskutierte ich mit einem leider inzwischen verstorbenen Philosophen zu später Stunde bei einem Bier darüber. Seine Position lautete sinngemäss so: «Der Sozialismus ist nur (einmal mehr) auf der Umsetzungsebene zusammengebrochen. Auf der ethischen – wie sollen wir leben? Eben solidarisch und somit sozialistisch – wird er davon nicht tangiert.»

Schon damals rieb ich mir verwundert die Augen. Doch heute muss ich zur Kenntnis nehmen, dass er nicht wissenschaftlich, aber halt politisch richtig lag. Jean Ziegler hat sich kürzlich auch so geäussert. Nach der Sowjetunion, Kuba, Venezuela oder Nordkorea haben wir den ethisch richtigen Sozialismus einfach noch nie und nirgendwo ausprobiert. Aber das kommt schon noch, vielleicht unter grüner statt roter Flagge.

Seit Adam Smith gehen marktwirtschaftliche Ökonomen von einer ergebnisorientierten oder, wie Weber sagte, Verantwortungsethik aus. Dies im Gegensatz zur «Gesinnungsethik», die sich auf Motive, Dogmen oder Glauben abstützt. Die Wissenschaft hat die Pflicht, darauf hinzuweisen und empirisch zu belegen, wie Utopien zu extremen politischen Programmen werden und die Menschen ins wirtschaftliche Elend und in die totalitäre Unterdrückung zwingen.

Effiziente Ressourcenallokation über Märkte ist nicht dasselbe wie die gerechte Verteilung der daraus resultierenden Einkommen. Aber was heisst «gerecht»? Das muss in einer Demokratie politisch entschieden werden; aber die Umverteilung sollte möglichst effizient erfolgen. Mein Dekan in Yale von 1970 bis 1972 – Arthur Okun – hat das bildlich so auf

den Punkt gebracht. Angenommen, wir hätten uns demokratisch geeinigt, den Reichen eine bestimmte Menge Wasser abzuschöpfen und in einem «Eimer» zu den Armen zu transportieren. Wegen privater Anreizverzerrungen und bürokratischer Aufblähungen hat der Eimer notwendigerweise Löcher. Würden wir eine beschlossene Wasserverteilung unabhängig davon sozial oder solidarisch einstufen und gutheissen, ob der Wasserverlust ein Prozent, zwanzig oder über fünfzig beträgt?

Damit sind wir wieder zur ethischen Bedeutung der Funktionsebene zurückgekehrt. Die Verantwortungsethik verlangt nicht nur eine logische, sondern eben auch eine empirische Begründung der Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft. Aber auch die Marktwirtschaft darf nicht zur Religion verkommen, sondern muss offen bleiben für nachweisbare Schwächen oder gar Versagen. Doch Marktkorrekturen oder gar Systemänderungen dürfen nicht der Moralisierung oder dem Dogmatismus unterworfen werden.

Dem Ökonomen bleibt immer der Rettungsanker von Thomas Schelling: «Sage mir, was du willst, und ich suche dir die optimale Lösung.» Viele Gutmenschen haben zwar ein warmes Herz, aber keinen kühlen Kopf.

Für eine nachhaltige und finanzierbare Klima- oder Energiepolitik braucht man beides. Je höher die Emotionen steigen und je verängstiger die Gläubigen werden, desto wichtiger wird die ökonomische Vernunft. Davon sind wir bei der CO₂-Vermeidung weiter weg als je zuvor.



Silvio Borner
emeritierter Professor für
Volkswirtschaft an der Uni Basel